



## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

### **11. Sitzung (öffentlich)**

7. März 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:40 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Aktuelle Viertelstunde:**

**5**

**Welche Auswirkungen hat der Protektionismus der USA auf den Stahl- und Aluminiumstandort NRW?**

#### **1 Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen wieder in geordnete Bahnen lenken – Akzeptanz für die Windenergie sichern**

**10**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/526

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1816  
Ausschussprotokoll 17/137

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1816 – mit den Stimmen der CDU, der

SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/526 – mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der AfD zu.

## **2 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I**

13

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/1046

Änderungsanträge  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksachen 17/1815, 17/2100, 17/2101, 17/2102  
Ausschussprotokoll 17/141

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/1815 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/2100 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/2101 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/2102 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der SPD und der Grünen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/1046 – in der so geänderten Fassung mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen zu.

**3 Hohe Datenschutzstandards sicherstellen – Wirtschaft bei Umsetzung der Europäischen Datenschutzreform unterstützen! 23**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/803  
Ausschussprotokoll 17/168

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Grünen einvernehmlich überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss zu geben.

**4 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen 24**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1445

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1445 – mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

**5 Europäische Verantwortung für Energieversorgungssicherheit annehmen 26**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/1987

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der FDP-Fraktion einvernehmlich überein, die Beratung des Antrags zu verschieben, bis der mitberatende Ausschuss für Europa und Internationales sein Votum abgegeben hat.

**6 Stahl ist weg, Kohle ist kurz vor weg – und jetzt verlassen uns die Sparkassen und Volksbanken? 27**

Vorlage 17/606

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der AfD-Fraktion einvernehmlich überein, den Bericht in der nächsten Sitzung zu beraten.

**7 Verschiedenes 28**

- a) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU – NRWDSAnpUGEU) 28**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/1981

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des Hauptausschusses zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/1981 – zu beteiligen.

- b) Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen – Stärkung des Industriestandorts in Nordrhein-Westfalen 28**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1128

Der Ausschuss kommt auf Anregung der AfD-Fraktion einvernehmlich überein, die kommunalen Spitzenverbände zur Anhörung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1128 – einzuladen. Darüber hinaus kann jede Fraktion zwei weitere Anzuhörende benennen.

\* \* \*

#### **4 Rechtssicherheit im Klimaschutz wiederherstellen und nordrhein-westfälische Unternehmen vor unberechtigten Klagen schützen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1445

**Christian Loose (AfD)** plädiert für einen Schutz der heimischen Wirtschaft. Diesem Ziel dienen weder unangemessene Strafzölle noch unangemessene nationale oder internationale Klagen.

Klimawandel habe es schon immer gegeben und werde es immer wieder geben. Dabei gebe es sowohl Verlierer als auch Gewinner. Als Beispiele für Gewinner sei u. a. auf verbesserte landwirtschaftliche Bedingungen und eine geringere Anzahl von Kältetoten zu verweisen.

Die Unternehmen willkürlichen Klagen auszusetzen, schade der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und damit Deutschland. Aus Sicht der AfD müsse die Landesregierung den nordrhein-westfälischen Unternehmen zur Seite stehen. Dies fordere der vorliegende Antrag ein.

**Dr. Patricia Peill (CDU)** hebt hervor, mit der Klage gegen RWE werde juristisches Neuland betreten. Diesen Rechtsstreit zu entscheiden, sei Aufgabe der Gerichte. Zum laufenden gerichtlichen Verfahren könne momentan keine rechtliche Bewertung abgegeben werden. Es gehe dabei um komplexe Fragen der juristischen Verursachung und der Zurechnung.

Die in Rede stehenden Anlagen der RWE AG seien selbstverständlich emissionschutzrechtlich genehmigt; die Kraftwerke nähmen am europäischen Emissionshandelssystem teil.

Die Bewertung von Konsequenzen eines noch ausstehenden Urteils sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt rein spekulativ, verfrüht und nicht zielführend.

Nach dem Stand der Wissenschaft gebe es einen anthropogenen Einfluss auf die globale Erwärmung. Die Folgen der Erderwärmung würden weltweit an vielen Orten sichtbar. Ausgehend vom Pariser Klimaabkommen sei die Reduzierung der Treibhausgasemissionen deshalb eine globale Aufgabe. Das Land NRW bekenne sich zu den Zielen des Pariser Abkommens.

**André Stinka (SPD)** macht deutlich, die SPD habe keinen Zweifel an der Unabhängigkeit der Rechtsprechung in Nordrhein-Westfalen und bundesweit. Die Rechtsprechung nehme sich natürlich immer wieder auch gesellschaftlichen Fragen an.

**Dietmar Brockes (FDP)** schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Dr. Peill an und unterstreicht, die Klage beschreite juristisches Neuland. Für die FDP als Rechtsstaatspartei gelte die Unabhängigkeit der Gerichte. Einfluss dürfe nicht auf sie genommen werden.

**Wibke Brems (GRÜNE)** stimmt dem Argument der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit zu.

**Christian Loose (AfD)** legt Wert auf die Feststellung, der Antrag solle nicht in die Gerichtsbarkeit eingreifen, sondern ausschließlich die gemeinsame Heimat und die Unternehmen schützen. Dafür sollten entsprechende Regelungen beispielsweise in das Umweltrecht aufgenommen werden.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/1445 – mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.